



Informationsblätter

Anregungen zur Überwindung des Stillstands im Ukraine-Konflikt Weiter so bis zur Erschöpfung?

Es ließe sich viel dazu schreiben, welche faschistoiden Entwicklungen in Russland, welche Versäumnisse von Seiten der NATO-Staaten und welche Fehler bei der Umsetzung von Minsk II zu dem russischen Angriff auf die Ukraine beigetragen haben. Doch jetzt, wo der Krieg sich in absehbarer Zeit jähren wird, muss dringlicher denn je gefragt werden, wie sein Ende beschleunigt werden kann. Hierzu sollen an dieser Stelle einige eher realpolitische Vorschläge gemacht werden.

Die meisten Kriege heutzutage werden – oftmals eher später als früher – durch Verhandlungen beendet, nicht durch einen Sieg einer der Konfliktparteien.¹ Es kann erwartet werden, so sagen auch viele Militärexpert*innen, dass dies auch für den Krieg in der Ukraine zutreffen wird. Die NATO wird mittels ihrer militärischen Unterstützung der Ukraine kaum zulassen, dass Russland siegt und Russlands Militär dürfte zu stark sein, um den Krieg zu verlieren, auch wenn es derzeit eher auf dem Rückzug ist. Dazu kommt die Gefahr, dass die Regierung Putin, wenn der Krieg verloren zu gehen droht, sich entscheiden könnte, auf Atomwaffen zurückzugreifen. Sollte also darauf gewartet werden, bis beide Seiten sich in einem Stellungskrieg festgefahren haben und keine Vorteile auf dem Schlachtfeld mehr sehen, damit sich ein „Fenster der Gelegenheit“ für Verhandlungen öffnet? Viele argumentieren so: „*Hoffnung auf eine diplomatische Lösung unter Wahrung der ukrainischen Eigen-staatlichkeit,*

Unabhängigkeit und territorialen Integrität wird es erst dann geben, wenn Russland keine Möglichkeiten mehr sieht, den Krieg militärisch zu entscheiden.“ Deshalb: „*Die militärische Unterstützung für die Ukraine ist essentiell, um das Gleichgewicht zwischen den Kriegsparteien zu verschieben und einen ‚reifen Moment‘ für aussichtsreiche Waffenstillstandsverhandlungen herbeizuführen“*, so die SWP in einem Papier Ende Oktober.²

Dabei gab es schon einmal Verhandlungen, nämlich im März-April 2022. Dort war die Ukraine bereit, sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen, darunter politische Neutralität und Verzicht auf sofortige Rückgabe der besetzten Gebiete. Internationale Garantenstaaten sollten die Vereinbarungen überwachen.³

Natürlich entsteht bei der Forderung nach „Verhandlungen jetzt“ ein Dilemma: Wie kann eine Einigung zustande kommen, ohne dass auch die Ukraine Zugeständnisse macht? Würde damit der russische Angriffskrieg

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:

www.love-storm.de
www.share-peace.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist u.a. Mitglied dieser Organisationen:

War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Nonviolent Peaceforce Alliance
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

nicht belohnt werden und man sich auf einen „Diktatfrieden“ (Baerbock)⁴ einlassen? Aber was ist die Alternative? Auf einen endgültigen Sieg hoffen, wie es nicht nur die ukrainische Führung, sondern u.a. auch Außenministerin Baerbock zu tun scheint?

Doch andererseits: Mit jeder Woche, in der der Krieg weiter geht, gibt es mehr Tote unter der Zivilbevölkerung wie unter den Soldat*innen beider Seiten, nehmen Zerstörung und Leid zu, wird immer mehr Natur vernichtet und CO₂ freigesetzt. Dazu gibt es die realen Gefahren einer Konflikteskalation über die Ukraine hinaus, wie es sich in der Reaktion auf die – man möchte sagen, „glücklicherweise wohl ukrainische“ Rakete, die im November 2022 in einem grenznahen Ort in Polen explodierte, schon andeutet, eines atomaren Unfalls in einem ukrainischen AKW oder des Einsatzes von Atombomben.

Deshalb sollte nach Lösungen gesucht werden, die nicht auf den Status Quo vor dem Krieg rekurrieren, sondern für die strittigen Gebiete einen Prozess vereinbaren, in dem sich letztlich der Wille der Mehrheit der dort lebenden Menschen (nicht der Wille Kiews oder Moskaus) durchsetzt. Dabei ist der gleichzeitige Schutz der jeweiligen politischen oder ethnischen Minderheiten von entscheidender Bedeutung. Dazu gehört nicht nur der Schutz vor physischen Übergriffen, sondern z.B. auch das Recht auf freie Ausübung der eigenen Sprache und Kultur (Autonomierechte).

Für die Krim könnte das z.B. bedeuten, dass man sich auf ein neues Referendum verständigt, in dem alle stimmberechtigt sind, die 2014 dort gelebt haben und in dem per Briefwahl auch diejenigen mit abstimmen können, die nach der Annexion aus der Krim geflohen sind.

Für die anderen drei von Russland annektierten Regionen⁵ könnte das Beispiel von Ostslawonien herangezogen werden. Ostslawonien⁶ ist ein Teil Kroatiens, der 1992 von dem serbischen Militär besetzt wurde. Mit Zagreb und der örtlichen serbischen Administration vereinbarte die UN 1996 die Einrichtung eines Protektorats („United Nations Transitional Administration“), das zwei Jahre andauerte, von UN-Truppen überwacht wurde und in dem eine Wiederherstellung eines zivilen Lebens und Miteinanders der Bevölkerung so erfolgreich umgesetzt

wurde, dass nach der Reintegration Ostslawoniens an Kroatien es zu keiner neuen Massenfluchtbewegung kam.⁷

Die humanitären Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau (Getreideabkommen, Abzug von Zivilbevölkerung aus umkämpften Gebieten, Gefangenenaustausch, Monitoring von Saporischschja durch die IAEA) zeigen, dass beide Seiten in der Lage zu Kompromissen sind. Deshalb gilt es,

- vermittelnde Kräfte zu finden, die Zugang zu beiden Seiten haben (bzw. Teams von Vermittler*innen, die das als Team können, denn es gibt nicht immer den/die idealen neutralen Vermittler, manchmal hilft es, wenn in einem Team sowohl Personen sind, die der einen Seite nahe stehen und andere, die eher der anderen nahe sind.)
- Druck auf alle Seiten, auch auf die Ukraine auszuüben, an den Verhandlungstisch zurückzukehren.⁸ Ohne einen solchen Druck wird es kaum passieren.

Viele zweifeln, dass der Krieg beendet werden kann, solange Putin an der Macht ist. Doch was könnte geschehen, um die russische Innenpolitik zu beeinflussen? Eine Möglichkeit drängt sich auf: Glaubhaft anzukündigen, dass ein Großteil der Sanktionen gegen Russland in dem Moment aufgehoben wird, in dem Russland einem Waffenstillstand zustimmt, und alle Sanktionen aufgehoben werden, sobald es sich aus der Ukraine zurückzieht. Leider ist es bei Sanktionsregimes i.d.R. so, dass Sanktionen leichter verhängt als wieder aufgehoben werden, weil es immer einen Grund zu geben scheint, sie fortzusetzen.⁹ Die Erfahrungen des Irak und des Iran werden auch den Mächtigen in Moskau nicht unbekannt sein. Doch wenn ihnen eine reale Perspektive geboten würde, wieder frei wirtschaften und reisen zu können, sobald der Krieg zuende ist, könnte das vielleicht ihre Motivation, etwas an ihrer politischen Führung zu ändern, deutlich steigern.

Und vor Kriegsende?

Auch bevor es zu Verhandlungen und/oder einem Waffenstillstand kommt (Achtung: Nicht in allen Kriegen wird erst verhandelt, wenn die Waffen schweigen, oftmals geht beides Hand in Hand), gibt es realpolitische Möglichkeiten, den Konflikt zu deeskalieren:

- Kein Aufenthalt von Truppen und keine Waffenlager nahe ziviler Einrichtungen. Obwohl im humanitären Völkerrecht verboten, scheinen alle Seiten Wohngebiete und zivile Einrichtungen zur Deckung von Truppen und Waffen zu nutzen.
- Keine Kämpfe nahe von AKWs oder chemischer Industrie; Schaffung von entmilitarisierten Zonen rund um Saporischschja und Tschernobyl.
- „Offene Städte“: „Offene Städte“ ist ein völkerrechtlicher Status, der im 2. Weltkrieg vielfach angewendet wurde. Eine Stadt, die diesen Status für sich erklärt, nimmt eine Besetzung durch die feindlichen Truppen hin, ohne Widerstand zu leisten.¹⁰
- Einheimische und internationale NROs fördern, die Zivilbevölkerung schützen und humanitäre Hilfe leisten.
- Verzicht auf Ersteininsatz aller Atomwaffen anstatt lediglich der Verurteilung von Einsatz und Drohung mit Atomwaffen, wie sie Mitte November vor dem G20-Gipfel ausgesprochen wurde.¹¹
- Darauf achten, die Propaganda der Kriegsparteien nicht zu replizieren.
- Regierung und Zivilgesellschaft in allen Ländern unterscheiden; auch mit der russischen Zivilgesellschaft Kooperation fortsetzen oder verstärken, z.B. auch Städtepartnerschaften wiederbeleben.
- Unbürokratisches Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland und Belarus und der Ukraine¹²
- Alle Seiten zur Einhaltung des Kriegsvölkerrechts anhalten und mit Sanktionen drohen, falls das nicht geschieht. (Siehe Endnote 8)
- Dokumentation von Kriegsverbrechen (aller Seiten) durch unabhängige Beobachter*innen. Das hat wenig kurzfristige Folgen – auch wenn gelegentlich zu lesen ist, dass Menschen im russischen Machtapparat sich der Gefahr bewusst sind, dass sie nach Kriegsende in Den Haag vor Gericht gestellt werden könnten. Aber es ist entscheidend für die Bewältigung der Vergangenheit des Kriegs später. Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, ist eines der wichtigsten Elemente auf dem Weg in eine friedlichere Zukunft.
- Runterfahren der militärischen Unterstützung der Ukraine, beginnend mit Offensivwaffen, die eine Rückeroberung von Gebieten erlauben.
- Alle anderen Forderungen und Perspektiven sind wohl eher langfristiger Natur, deshalb aber nicht weniger wichtig:
- Abrüstung statt Aufrüstung, Reduzierung der Militärhaushalte und Verzicht auf das „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro.
- Den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und Verzicht auf Stationierung und Besitz von Atomwaffen.
- Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung auf allen strategischen Ebenen, denn fast alle Rüstungskontrollverträge wurden in den letzten 10-15 Jahren gekündigt.
- Schaffung einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur¹³
- Soziale Verteidigung als Alternative für NATO-Staaten. Hierzu gibt es in Deutschland eine neue Kampagne, „Wehrhaft ohne Waffen“.¹⁴

Stand: Ende November 2022

Autorin: Christine Schweitzer ist Redakteurin des Friedensforums, Geschäftsführerin des Bund für Soziale Verteidigung und wissenschaftliche Mitarbeiterin im IFGK (ifgk.de).



#OBJECT WAR
CAMPAIGN
#ОткажиВойне
#ВідмовВійні

Russland, Belarus, Ukraine: Schutz und Asyl für Deserteure und Verweigerer

Hier die Petition unterzeichnen:
<https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

Endnoten

¹ Destradi, Sandra und Andreas Mehler (2010) Wann, wie und warum enden Kriege? GIGA Focus 4/2010, https://pure.giga-hamburg.de/ws/files/24565529/gf_global_1004.pdf

² <https://www.swp-berlin.org/publikation/friedensverhandlungen-im-krieg-zwischen-russland-und-der-ukraine-mission-impossible>

³ Einzelheiten können hier nachgelesen werden:
https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf
<https://www.woz.ch/2223/ukraine/von-diplomatie-ist-nicht-mal-mehr-die-rede> (Der öfters zitierte italienische Friedensplan des früheren italienischen Außenministers di Maio sah ähnlich aus.)

⁴ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/annalena-baerbock-klare-absage-fuer-rufe-nach-verhandlungen-mit-putin-18395401.html>. Der von ihr benutzte Begriff des „Diktatfriedens“ ist übrigens eng mit der Kritik am Versailler Vertrag von royalistischer und nationalsozialistischer Seite her verbunden. Ebenso übrigens wie der Begriff der „Winterhilfe“ (Hinweis von Ulrich Stadtmann), siehe https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/Politik__Inland_/article241932709/Baerbock-kuendigt-G7-Winterhilfe-fuer-die-Ukraine-an.html
https://de.wikipedia.org/wiki/Winterhilfswerk_des_Deutschen_Volkes

⁵ Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson

⁶ Genauer: Ostslawonien, Baranja und West Sirmium

⁷ https://peacekeeping.un.org/sites/default/files/past/untaes_e.htm

⁸ Im März-April 2022 hatte es Verhandlungen gegeben, in denen die Ukraine zu weitreichenden Zugeständnissen bereit gewesen war. Sie wurden abgebrochen, u.a. weil der Westen signalisierte, dass solche Zugeständnisse unnötig seien. Siehe Zusammenfassung: https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Waffenstillstand_und_Frieden_Ukrainekonflikt.pdf und <https://responsiblestatecraft.org/2022/09/02/diplomacy-watch-why-did-the-west-stop-a-peace-deal-in-ukraine/>

⁹ Siehe z.B.: <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/sanktionen/>

¹⁰ Zu entmilitarisierten Zonen und Offenen Städten siehe: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>; https://de.wikipedia.org/wiki/Offene_Stadt

¹¹ https://www.zeit.de/news/2022-11/14/weisses-haus-biden-und-xi-verurteilen-drohungen-mit-atomwaffen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

¹² Siehe <https://you.wemove.eu/campaigns/russland-belarus-ukraine-schutz-und-asyl-fur-deserteure-und-verweigerer>

¹³ Zu verschiedenen Verträgen siehe: <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/1-2022-internationale-vertraege>

¹⁴ Siehe <https://wehrhaft-ohne-waffen> und <https://soziale-verteidigung.de/artikel/kampagne-soziale-verteidigung-voranbringen>

Hintergründe – zum Weiterlesen:

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 72, Johanna Unewisse: Eingefrorene Konflikte im postsowjetischen Raum, ISSN 1439-2011, Hrsg. Bund für Soziale Verteidigung, März 2021, 24 Seiten, 3,- Euro
<https://soziale-verteidigung.de/eingefrorene-konflikte-postsowjetischen-raum>

Informationsblatt: Die Ukraine. Ein Land zwischen Ost und West. Die geschichtlichen Hintergründe der Aufstände in der Ukraine, von Saskia Tanja Petersen, April 2014, 4 Seiten
<https://soziale-verteidigung.de/shop/ukraine-land-zwischen-ost-west-geschichtlichen-hintergrunde-aufstande-ukraine>